

Aus der Budgetkommission.

Die Ernährungsfragen.

N. Berlin, 4. Dezbr. (Priv.-Tel.) Der reichsparteiliche Abgeordnete fuhr in seinen Ausführungen (Vergl. Erstes Morgenblatt) fort: In den Viehbeständen haben wir so große Reserven, daß jegliche Sorgen unbedeutend erscheinen müßten. Butterarten würden wenig nutzen; damit vermehre man die Vorräte nicht. Zu begrüßen sei das Vorgehen des preussischen Finanzministers, den Schweinemästern zu angemessenen Preisen Futter zur Verfügung zu stellen. Denjenigen, die nicht in der Lage seien, sich die erforderlichen Lebensmittel zu verschaffen, müsse geholfen werden. Neben dem Brotgetreide seien die Kartoffeln das unentbehrlichste Lebensmittel. Frühkartoffeln seien in sehr erheblichem Maße angebaut. Ihre Ernte, wie die der Spätkartoffeln habe sich durch Witterung verzögert und die Ueberführung der Kartoffelmengen sei nicht gelungen, weil die größeren Gemeinden sich um die Frühkartoffeln nicht bekümmert hätten. Als dann frühzeitig im Osten der Frost eintrat, seien die Gemeinden unruhig geworden, und hätten die Abfuhr verlangt, die wegen der noch nicht beendeten Rübenerte aber nicht möglich gewesen sei. Von einem Mangel an gutem Willen könne nicht gesprochen werden.

Ein fortschrittlicher Abgeordneter erklärte, mit dem Berichterstatter darin einig zu sein, die Ernährungsfrage ruhig und sachlich zu behandeln. Bedauerlich sei, daß draußen im Lande die agrarische Presse nicht nach diesen Grundsätzen verfare. Es müsse beunruhigen und arg verstimmen, wenn von dieser Presse gerade da höhere Preise gefordert werden, wo die Minderbemittelten die Teuerung schon schwer genug empfinden. Selbstverständlich könne die Landwirtschaft nicht dauernd unter dem Herstellungspreis verkaufen, aber man dürfe in diesen Klagen nicht zu weit gehen. Die Einführung der Fettkarte für Kunstfette und von Höchstpreisen unter Berücksichtigung der Minderbemittelten sei erwünscht. Frig seien die Ausführungen des konservativen Redners, daß die Futterpreise zehn mal mehr gestiegen seien, als die Viehpreise; man dürfe nicht lediglich die teuersten Futtermittel zur Grundlage der Berechnung machen. Das Vorgehen des preussischen Ministers des Innern in der Butterversorgung sei zu begrüßen. Bei der Verteilung der Futtermittel seien bedauerliche Ungleichheiten vorgekommen. Es stehe zweifellos fest, daß die Kartoffelversorgung durch die Schuld des preussischen Landwirtschaftsministers verzögert worden sei. Der Staatssekretär des Innern habe erklärt, der preussische Landwirtschaftsminister habe seinen Ressortstandpunkt vertreten, der Reichsschatzsekretär habe aber gesagt, der Landwirtschaftsminister habe die allgemeinen Interessen vertreten. Ueber diese Differenz könne nicht ohne Weiteres hinweggegangen werden. Für des Redners Partei unterliege es keinem Zweifel, daß die Ursache der Verzögerung im Landwirtschaftsministerium liege. Eine offiziöse Korrespondenz sollte sich jeder Polemik enthalten. In den „Nachrichten die für Ernährungsfragen“ vom preussischen Ministerium des Innern herausgegeben werden, sei aber Objektivität zu vermissen.

Ein nationalliberaler Bauernbündler begrüßt gleichfalls die Butter-Maßnahmen des Ministeriums des Innern, wünscht aber, daß alle Gegenden gleichmäßig berücksichtigt werden. Die erheblichen Vorräte an Schlachtschweinen, die bei Kriegsausbruch vorhanden waren, und die auf der riesigen Zufuhr von ausländischem Futter im Frieden beruhten, haben es ermöglicht, daß wir bis Weihnachten 1914 normale Preise hatten. Alle Maßnahmen der Regierung zeugten von mangelndem Verständnis für den Kleinbetrieb, und die Schuld daran liege beim preussischen Landwirtschaftsminister, gegen den schon vor dem Kriege Beschwerden wegen ungenügender Berücksichtigung sozialpolitischer Grundzüge erhoben werden mußten. Bezüglich der Produktionskosten und Rentabilität der Landwirtschaft schließt sich der Redner seinem fortschrittlichen Vorredner an. Einzelne Betriebe müßten ja nothleiden, namentlich diejenigen, die viel zukaufen müßten. Im ganzen aber seien die Angaben des fortschrittlichen Abgeordneten auch für größere Bauernwirtschaften zutreffend.

In der Nachmittagsitzung sprach als erster ein konservativer Abgeordneter vom Bund der Landwirte. Er führte aus, daß der Wunsch, der Wille zum Durchhalten habe unter dem Druck der Nahrungsmittelpreise gelitten, durch nichts berechtigt sei. Brot sei nicht wesentlich teurer als im Frieden. Die Kartoffeln ständen unter dem Friedenspreis, und in Deutschland seien die Preise niedriger als im Ausland. Die gleiche Menge Brot, die in Frankfurt 60 Pfennig kostet, werde in England mit 80 Pfennig bezahlt, die Tonne Weizen dort mit 270 Mk., bei uns 260 Mk., Weizenmehl mit 37 75

gegen 36.75. Der Rindfleischpreis bei uns sei verhältnismäßig wenig gestiegen und sei niedriger als im Ausland. Milch koste in Berlin 28 Pfg., in England 48, die Butter in Petersburg 3.40. Man habe also keinen Anlaß zu klagen. Die Sozialdemokraten seien untereinander selbst uneinig; der eine sage, die Landwirte hätten die Kartoffeln zurückgehalten, der andere bestreite dies. Eine Teuerung sei in Lebensmitteln eigentlich nicht vorhanden, aber andere Artikel seien um 50 und 100 Prozent gestiegen, z. B. Leder, Eisen usw. Wenn man sich einigen wolle, so dürfe keinem Stande vorgeworfen werden, daß er eigensüchtige Ziele verfolge. Durch Verteilung von Zeitungstimmen sucht der Redner nachzuweisen, daß die Landwirtschaft und der Bund der Landwirte maßlos verunglimpft wurden. Die Mißstimmung sei von der Presse durch maßlose Angriffe gegen einzelne Stände veranlaßt worden. Durch gegenseitige Aufklärung und einen Ausgleich der Interessen sei eine bessere Verständigung anzubahnen. Der Reichsleitung könne der Vorwurf nicht erspart werden,

daß sie nicht rechtzeitig und ausreichend die zur Versorgung des Volks mit Lebensmitteln erforderliche Organisation geschaffen habe, so sehr auch die fleißige Arbeit in allen Reichsstellen anzuerkennen sei. Die Ernte in Brotgetreide und Kartoffeln reiche aus. Bei den Kartoffeln sei zu berücksichtigen, daß sie wohl nicht so haltbar sein werden, wie im Vorjahre. Fett sei knapp, aber Fleisch sei pro Kopf mehr vorhanden als im Jahre 1872. Unser Fleisch- und Fettkonsum sei größer als in England gewesen. Ein Rückgang hierin könne nicht schon als Unterernährung ausgegeben werden. Für die Milchversorgung bedeute schon der Mangel an Arbeitskräften ein Rückgang. Das Reich hätte durch Verträge reichlich Kartoffeln sichern können und müssen, dann wäre die Mißstimmung auf dem Lande geringer, und es wäre doch erwünscht, daß die freudige Stimmung zur zukunftsreichen Mitarbeit auch der Landbevölkerung erhalten bleibe. Bei den Reichsstellen habe man nicht wie auf dem Gebiete der Landwirtschaft genügend sachverständige Männer zu Rate gezogen. Man lasse den Landwirten fast nichts von ihren Produkten für Futter. Stellenweise seien auf leichtem Boden nur drei Zentner Roggen geerntet worden, was natürlich große Verluste bedeute. Wenn man überall Höchstpreise einführe, müsse man auch Höchstgrenzen für die Arbeitslöhne ziehen. Man wolle die Produktion erschlagen, um den Konsumenten entgegenzukommen. Wenn man dem Landwirt alles zu festen Preisen wegnehme, so werde die Zukunft die Rechnung präsentieren. Wenn der preussische Landwirtschaftsminister für den Schutz der Produktion eingetreten sei, so sei nur zu bedauern, daß er nicht mehr Erfolg gehabt habe.

Der Reichsschatzsekretär besprach die vorliegenden Anträge über die Verteilung der Lasten zwischen Reich, Einzelstaaten und Gemeinden. Die Einzelstaaten, insbesondere Preußen, seien über das ihnen zufallende Lastenbrütel hinausgegangen. Wenn in einem Antrag verlangt werde, daß das Reich allein die Hälfte der ganzen Lasten, die aus der Volksernährung entstehen, übernehme, so dürften gegenüber der Absicht der Gegner, den Erschöpfungskrieg durchzuführen, unsere Mittel auch nicht verschleudert werden. Die Versorgung der Landwirtschaft mit Futtermitteln sei mehr eine Transportfrage als eine Preisfrage, und zur Lösung der Transportfrage tue das Reich das Möglichste. Um die Preisfrage zu lösen, brauchten wir die Zentraleinkaufsstelle, die es ermöglichen werde, zu erheblichen geringeren Preisen als bisher die Nahrungsmittel zu beschaffen. Der Preisstand für fast alle Waren sei in Deutschland niedriger als bei unseren Feinden. In England sei gegen die gleiche Zeit des Vorjahres der Weizenpreis von 25 auf 46 Prozent, der der Kartoffeln von 15 auf 19 Prozent gestiegen. In Frankreich kosteten die Kartoffeln 8 Mark, und die Preise seien gestiegen: für Brot um 20 Prozent, Zucker 73 Prozent, Rindfleisch 71 Prozent, Hammelfleisch 68 Prozent, Schweinefleisch 22 Prozent, Gemüse 120 Prozent. Daß die Verhältnisse in Deutschland günstiger lägen, scheine doch auch der Verdienst der Regierung zu sein. Die Presse müsse mitwirken, die Ueberzeugung im Volke zu verbreiten, daß die Regierung alles tue, was möglich sei zur Linderung der Not und zur Beseitigung der Teuerung. Wer hierzu mitwirke, erwerbe sich ein Verdienst um das Vaterland.

Am Montag Vormittag wird die Kommission in die Einzelberatung der Bundesratsdenkschrift über die kriegswirtschaftlichen Maßnahmen eintreten.

Berlin, 4. Dezbr. (W. T. B. Nichtamtlich.) Im Hauptauschuß des Reichstages erklärte Staatssekretär Dr. Helfferich, daß mit seiner Zustimmung zweimal 200 Millionen Mark zur Bekämpfung der Lebensmittelteuerung zur Verfügung gestellt worden seien. Die erhöhte Familienunterstützung solle den Minderbemittelten die Beschaffung ihres Lebensunterhaltes erleichtern. Demselben Zweck diene die Ausgaben für die Arbeitslosen. Die Unterstützungen für die Textilarbeiter würden zur Hälfte vom Reiche getragen. Wenn der Staat Summen hergebe für die Aufzucht von Schweinen, so sei das im Interesse der Konsumenten zu begrüßen. Was von reichswegen in dieser Hinsicht geschehen könne, werde geschehen. Es müsse daran erinnert werden, daß die Verhältnisse bei uns besser seien, wie in anderen Ländern, die viel größere Preissteigerungen auf dem Lebensmittelmarkt hätten. Hier aufklärend zu wirken, halte er auch für eine wichtige Aufgabe der Presse, die dazu beitrage, die Einigkeit zu erhalten.